



UNSER PROGRAMM ZUR HESSISCHEN
Kommunalwahl am 15. März 2026 für
unsere Universitätsstadt Marburg

**KOMM, WIR
RETTEN UNSERE
HEIMAT!**



ZEIT FÜR MARBURG - Einleitung & Leitbild

Gemeinsam Verantwortung tragen

Marburg verfügt über eine historisch gewachsene Stadtstruktur. Die 1527 gegründete Hochschule ist die älteste Hessens und die älteste noch bestehende Universität mit protestantischer Gründung. Hinzu kommt ein starkes bürgerschaftliches Engagement. Diese Besonderheiten machen die Stadt zu einem attraktiven Ort zum Leben, Studieren und Arbeiten.

Gleichzeitig erleben viele Bürgerinnen und Bürger Entwicklungen, die den Alltag spürbar belasten: steigende Wohnkosten, zunehmende Herausforderungen bei Sicherheit und Ordnung, wachsende Bürokratie sowie eine kommunale Verwaltung, deren Strukturen immer größer, teurer und unübersichtlicher werden. Während zentrale Aufgaben der Daseinsvorsorge unter Druck geraten, werden ideologiegetriebene freiwillige Leistungen und neue Verwaltungsbereiche weiter ausgebaut, zulasten der finanziellen Stabilität und der lokalen Bevölkerung.

In den vergangenen Jahren ist es der kommunalen Politik nicht gelungen, klare Prioritäten zu setzen und die Interessen der hier lebenden Menschen konsequent in den Mittelpunkt zu stellen. Marburg braucht eine Stadtpolitik, die Ordnung und Sicherheit gewährleistet, öffentliche Mittel verantwortungsvoll einsetzt und Lebensqualität vor Symbolprojekten stellt.

Die AfD Marburg steht für eine kommunale Neuausrichtung, die Fehlentwicklungen klar anspricht, Potenziale entschlossen nutzt und Entscheidungen transparent, nachvollziehbar und bürgerorientiert gestaltet.

Unser Ziel ist ein Marburg, das seine Bürgerinnen und Bürger schützt, entlastet und stärkt und seine besonderen Stärken mit gesundem Menschenverstand, Verantwortungsbewusstsein und Respekt vor der eigenen Stadtgeschichte weiterentwickelt. rrrrr

Inhaltsverzeichnis

ZEIT FÜR SICHERE STADTTEILE – Kapitel 1: Sicherheit und Ordnung.....	3
Verlässlichkeit im Alltag	
ZEIT FÜR DEMOKRATIE – Kapitel 2: Demokratie und Rechtsstaat	7
Transparenz stärken – Vertrauen erneuern	
ZEIT FÜR WIRTSCHAFTLICHE STABILITÄT – Kapitel 3: Wirtschaft.....	10
Rahmen schaffen – Chancen nutzen	
ZEIT FÜR BEZAHLBAREN WOHNRAUM – Kapitel 4: Wohnen.....	16
Lebensqualität für alle Generationen	
ZEIT FÜR KLUGE VERKEHRSPOLITIK – Kapitel 5: Verkehr	19
Mobilität ermöglichen – Stadtleben stärken	
ZEIT FÜR STARKE SCHULEN – Kapitel 6: Bildung und Schule.....	22
Bildung fördern – Zukunft ermöglichen	
ZEIT FÜR TRADITION UND KULTUR – Kapitel 7: Kultur	25
Marburgs Identität bewahren und gestalten	
ZEIT FÜR STARKEN SPORT – Kapitel 8: Sport.....	30
Vereine fördern – Teilhabe ermöglichen	
ZEIT FÜR LEBENSRÄUME UND VERANTWORTUNG – Kapitel 9: Natur-/Tierschutz und Jagd	33
Natur schützen – Nutzung nachhaltig gestalten	
ZEIT FÜR STARKE FAMILIEN – Kapitel 10: Familie	36
Gemeinschaft stärken – Alltag entlaste	
ZEIT FÜR BÜRGERNÄHE – Kontakt & Austausch.....	38
Ansprechbar bleiben – Zuhören – Mitgestalten	

ZEIT FÜR SICHERE STADTTEILE – Kapitel 1: Sicherheit und Ordnung

Verlässlichkeit im Alltag

Leitbild und sicherheitspolitische Grundsätze

Sicherheit ist eine zentrale kommunale Aufgabe und bildet die Grundlage für ein geordnetes Zusammenleben. Die AfD Marburg steht für eine rechtsstaatliche Sicherheits- und Ordnungspolitik, die auf klaren Zuständigkeiten, nachvollziehbaren Verfahren und wirksamen Maßnahmen beruht.

Polizei und Ordnungskräfte benötigen dafür verlässliche Rückendeckung, Respekt aus Politik und Gesellschaft sowie eine Ausstattung, die zeitgemäße Arbeit ermöglicht. Ein sichtbares, entschlossenes und bürgerliches Handeln der Sicherheitsbehörden stärkt das Vertrauen der Bevölkerung und schafft die Verlässlichkeit, die Menschen im Alltag erwarten.

Dazu gehören Ordnung im öffentlichen Raum, konsequente Ahndung von Störungen, Prävention gegen Gewalt und Drogenmissbrauch sowie der Schutz vulnerabler Gruppen.

Sicherheitspolitik ist dabei kein ideologisches Experimentierfeld, sondern an Recht, Verhältnismäßigkeit und Gemeinwohl orientiert. Wer dauerhaft in Marburg lebt, muss die deutsche Sprache beherrschen, geltende Gesetze achten und die Regeln des Zusammenlebens anerkennen.

Die AfD Marburg bekennt sich zu einer konsequent rechtstaatlichen Linie, in der Sicherheit, Transparenz und Verantwortung handlungsleitend sind.

Herausforderungen für Sicherheit und Ordnung in Marburg

Marburg steht vor sicherheitspolitischen Herausforderungen, die sowohl den öffentlichen Raum als auch das alltägliche Miteinander betreffen. An verschiedenen Orten der Stadt, darunter kriminalitätsbelastete Plätze wie der Elisabeth-Blochmann-Platz, verdichten sich Probleme wie Vandalismus, Drogenhandel, Verwahrlosung und Angsträume. Diese Entwicklungen beeinträchtigen nicht nur das Sicherheitsgefühl, sondern auch die Nutzbarkeit öffentlicher Räume für alle Bürger.

Zugleich führen fehlende Koordination zwischen Stadt, Polizei und Stadtpolizei, uneinheitliche Präventionsstrategien und teilweise unklare Verwaltungsabläufe zu einer Schwächung der kommunalen Handlungsfähigkeit. Die Herausforderungen reichen von Eigentumsdelikten im universitätsnahen Umfeld über Jugendgewalt bis hin zur mangelnden Konsequenz bei der Durchsetzung bestehender Regeln.

Hinzu kommt der Umgang mit ausreisepflichtigen Personen und Gefährdern, der hohe Anforderungen an Rechtsklarheit, Verlässlichkeit und transparente Entscheidungsstrukturen stellt. Eine konsequente, rechtsstaatliche und abgestimmte Sicherheitsstrategie ist daher

notwendig, um Fehlentwicklungen entgegenzuwirken und die Sicherheit in allen Stadtteilen nachhaltig zu stärken.

Verantwortung der Stadt für eine rechtsstaatliche Sicherheitsarchitektur

Die Stadt Marburg trägt eine maßgebliche Verantwortung für die Gewährleistung von Sicherheit und Ordnung. Dazu gehört eine Verwaltung, die nachvollziehbar handelt, geltendes Recht konsequent durchsetzt und transparent kommuniziert.

Sicherheitspolitische Entscheidungen müssen auf klaren Zuständigkeiten beruhen und dürfen nicht durch ideologisch motivierte Sonderwege verwässert werden. Eine wirksame Sicherheitsarchitektur setzt voraus, dass Stadtverwaltung, Polizei und Stadtpolizei eng zusammenarbeiten. Gemeinsame Strategien, abgestimmte Interventionen und verlässliche Abläufe stärken die Handlungsfähigkeit aller Beteiligten.

Gleichzeitig muss die Stadt ihren Ordnungskräften durch moderne Ausstattung, klaren Leitlinien und politische Unterstützung den Rückhalt geben, den sie benötigen.

Die Stadt hat zudem dafür Sorge zu tragen, dass humanitäre Aufenthaltsrechte rechtssicher gehandhabt werden und sich auf tatsächliche Fluchtgründe beschränken. Die Rückführung ausreisepflichtiger Personen muss innerhalb der gesetzlichen Rahmenbedingungen konsequent erfolgen. Eine transparente Verwaltungspraxis ohne informelle Modelle schafft Vertrauen in staatliche Institutionen und sichert die Gleichbehandlung aller Bürger.

Sichere öffentliche Räume und geordnetes Stadtbild

Ein sicheres und geordnetes Stadtbild ist Voraussetzung für das Wohlbefinden der Bürgerinnen und Bürger. Dazu zählen saubere Straßen, gepflegte Plätze, Beleuchtung und ein konsequentes Vorgehen gegen Störungen des öffentlichen Lebens. Wo Angsträume entstehen, muss die Stadt durch technische Maßnahmen und eine sichtbare Präsenz der Ordnungskräfte gegensteuern.

Kriminalitätsbelastete Orte wie der Elisabeth-Blochmann-Platz benötigen besondere Aufmerksamkeit. Ein wirksames Konzept verbindet dort ordnungsrechtliche Maßnahmen mit technischen Vorkehrungen wie Beleuchtung und Kameras, um problematische Entwicklungen dauerhaft einzudämmen.

Auch die Prävention spielt eine zentrale Rolle: Jugendgewalt, Drogenmissbrauch und Verwahrlosung müssen frühzeitig begegnet werden, bevor sich Risiken verfestigen. Ein geordnetes Stadtbild schafft nicht nur Sicherheit, sondern stärkt die Lebensqualität und ermöglicht eine vielfältige und konfliktfreie Nutzung öffentlicher Räume.

Schutz besonders gefährdeter Gruppen

Frauen, Kinder, Senioren und andere vulnerable Personen benötigen besonderen Schutz. Die Stadt muss Gefährdungslagen früh erkennen, klare Schutzmechanismen vorhalten und im öffentlichen Raum verlässliche Sicherheit gewährleisten. Prävention, schnelle Intervention und sichtbare Präsenz der Ordnungskräfte sind dabei zentrale Bausteine.

Ziel ist ein Umfeld, in dem besonders Schutzbedürftige sich jederzeit sicher bewegen können. Sicherheit ist kein Privileg, sondern ein Recht. Wir sorgen dafür, dass Marburg dieses Recht wieder gewährleistet.

Sprache, Rechtsbindung und gesellschaftliche Regeln

Ein geordnetes Zusammenleben setzt voraus, dass alle dauerhaft in Marburg lebenden Personen die deutsche Sprache beherrschen, geltende Gesetze respektieren und gemeinsame Regeln akzeptieren. Die Stadt darf keine ideologischen Sonderwege beschreiten, sondern muss konsequent, rechtsstaatlich und verbindlich handeln. Klarheit in Sprache und Recht stärkt den sozialen Zusammenhalt und schafft Verlässlichkeit im Alltag.

Remigration als rechtsstaatliche Rückführung ausreisepflichtiger Personen

Remigration bedeutet die konsequente, rechtsstaatliche Rückführung vollziehbar ausreisepflichtiger Personen. Dazu gehören Abschiebungen, die erleichterte Ausweisung von Gefährdern sowie von ausländischen Extremisten und schweren Straftätern, sofern keine individuellen Schutzgründe entgegenstehen und die gesetzlichen Voraussetzungen erfüllt sind. Humanitäre Aufenthaltsrechte sind zeitlich begrenzte Schutzrechte und dürfen nur solange gelten, wie tatsächliche Fluchtgründe bestehen.

Damit Recht verlässlich durchgesetzt werden kann, trägt die Stadt Verantwortung für transparente Verfahren, klare Verwaltungsabläufe und eine enge Zusammenarbeit mit den zuständigen staatlichen Stellen. Kommunale Politik muss sicherstellen, dass bundes- und landesrechtliche Vorgaben nicht durch lokale Sonderinitiativen unterlaufen werden.

In diesem Zusammenhang steht auch der Austritt Marburgs aus der Initiative „Sichere Häfen“. Diese Initiative verpflichtet Kommunen politisch dazu, über die bestehenden gesetzlichen Aufnahmeverfahren hinaus zusätzliche Migranten aufzunehmen oder entsprechende Signale der Aufnahmefähigkeit auszusenden. Solche Selbstverpflichtungen überschreiten kommunale Zuständigkeiten, erzeugen zusätzliche Kosten für Unterbringung, Betreuung sowie Integration und schaffen Erwartungen, die weder rechtlich bindend noch finanziell dauerhaft tragfähig sind.

Eine rechtsstaatliche und verantwortungsbewusste Migrationspolitik verlangt, dass kommunale Entscheidungen sich am geltenden Recht orientieren und nicht an informellen politischen Bündnissen, die nationale Verfahren umgehen oder parallel dazu eigene Aufnahmeanreize setzen.

Marburg benötigt Klarheit und Verlässlichkeit in migrations- und sicherheitsrelevanten Fragen. Daher ist der Austritt aus der Initiative „Sichere Häfen“ notwendig, um kommunale Neutralität wiederherzustellen und migrationspolitische Entscheidungen dort zu belassen, wo sie rechtlich verortet sind: bei Bund und Ländern.

Forderungen

- Die kommunale Ordnungspolizei ausbauen und modern ausstatten.
- Eine abgestimmte Sicherheitsstrategie von Stadt, Polizei und Ordnungsamt zur wirksamen Bekämpfung von Vandalismus, Straßenkriminalität und Drogenhandel entwickeln.
- Kriminalitätsbelastete Orte durch bessere Beleuchtung und datenschutzkonforme Videoüberwachung sicherer machen.
- Den Elisabeth-Blochmann-Platz durch ein kombiniertes Konzept aus technischen Maßnahmen, ordnungsrechtlicher Präsenz und sozialen Hilfsangeboten stabilisieren.
- Mit der Philipps-Universität gemeinsame Konzepte zur Prävention von Einbrüchen und Eigentumsdelikten erarbeiten, inklusive eines jährlich veröffentlichten Lage- und Präventionsberichts.
- Kommunale Beteiligung an migrationspolitischen Sonderinitiativen außerhalb des gesetzlichen Rahmens ausschließen und den Austritt Marburgs aus der Initiative „Sichere Häfen“ vollziehen.
- Transparente Verwaltungsverfahren sicherstellen und informelle Tausch- oder Bezahlkartenmodelle vermeiden.
- Die Zusammenarbeit mit staatlichen Stellen zur Durchsetzung geltenden Rechts verlässlich gestalten.
- Einen jährlichen Sicherheitsbericht einführen, der Entwicklungen, Maßnahmen und erzielte Fortschritte offenlegt.

Zielsetzung

Ziel der AfD Marburg ist eine Sicherheitspolitik, die Vertrauen schafft, klare Regeln durchsetzt und das den Alltag verlässlich gestaltet. Eine konsequente, rechtsstaatliche Verwaltung sowie sichtbare Präsenz von Polizei und Ordnungskräften stärken das Sicherheitsgefühl und die Handlungsfähigkeit der Stadt.

Transparente Maßnahmen, schnelle Reaktionszeiten und eine nachvollziehbare Kommunikation ermöglichen ein Umfeld, in dem sich Menschen sicher bewegen können und öffentliche Räume gut nutzbar bleiben. So entsteht ein Marburg, das durch Ordnung, Respekt und Verlässlichkeit geprägt ist.

ZEIT FÜR DEMOKRATIE – Kapitel 2: Demokratie und Rechtsstaat

Transparenz stärken - Vertrauen erneuern

Leitbild und demokratische Grundsätze

Demokratie lebt von fairen Verfahren, nachvollziehbaren Entscheidungen und einer neutral agierenden Verwaltung. Die Stadt Marburg trägt Verantwortung dafür, politische Abläufe transparent zu gestalten und alle gesellschaftlichen Gruppen gleich zu behandeln. Grundlage ist eine kommunale Verwaltung, die sachlich handelt, Entscheidungen klar kommuniziert und vor politischer Instrumentalisierung durch Magistrat und Stadtspitze geschützt ist.

Herausforderungen für demokratische Kultur und Rechtsstaatlichkeit in Marburg

Die demokratische Kultur Marburgs steht vor der Herausforderung, Neutralität und Sachlichkeit in politisch verantworteten Entscheidungen und in der amtlichen Kommunikation der Stadt konsequent zu wahren.

Der Vorfall im Sommer 2025, bei dem eine wertende städtische Pressemitteilung gegen eine parteipolitische Veranstaltung aufgrund rechtlicher Bedenken wieder entfernt werden musste, hat deutlich gemacht, wie sensibel das Neutralitätsgebot für politisch verantwortete Öffentlichkeitsarbeit ist. Solche Vorgänge untergraben das Vertrauen in die Unparteilichkeit kommunalen Handelns.

Zugleich sehen sich verschiedene gesellschaftliche Gruppen, darunter Vereine, studentische Verbindungen oder Initiativen, immer wieder pauschalen politischen Bewertungen ausgesetzt, die weder dem Anspruch rechtsstaatlicher Gleichbehandlung noch dem Selbstverständnis einer offenen Universitätsstadt entsprechen. Wenn politisch verantwortete amtliche Kommunikation oder durch Weisungen gesteuerte Verwaltungentscheidungen politisch interpretierbar werden, geraten Transparenz und institutionelle Glaubwürdigkeit in Gefahr.

Eine funktionierende demokratische Kultur setzt jedoch eine Verwaltung voraus, die verlässlich, sachlich und für alle Bürger gleichermaßen vertrauenswürdig handelt.

Verantwortung der Stadt für neutrale und rechtsstaatliche Entscheidungsprozesse

Der Magistrat und die Stadtspitze müssen sicherstellen, dass Entscheidungen auf sachlichen Kriterien beruhen und transparent nachvollziehbar sind. Raumvergaben, Fördermittel, Kooperationen und öffentliche Kommunikation dürfen nicht durch parteipolitische oder ideologische Steuerung verzerrt werden. Eine klare Trennung zwischen amtlicher Information und politischer Auseinandersetzung ist unerlässlich, ebenso wie ein verlässlicher Verwaltungsablauf, der Gleichbehandlung garantiert und Vertrauen schafft.

Beteiligung, Transparenz und offene Verfahren stärken

Frühzeitige Informationen und nachvollziehbare Abläufe erhöhen die Akzeptanz kommunaler Entscheidungen. Bei Projekten mit hoher städtebaulicher, finanzieller oder gesellschaftlicher Bedeutung soll die Stadt geeignete Beteiligungsformate einsetzen, um Bürgerinnen und Bürger strukturiert einzubinden. Transparente Entscheidungswege, klare Kriterien und verständliche Kommunikation sorgen dafür, dass politische Prozesse einschätzbar bleiben und Vertrauen in die Verwaltungsarbeit und in kommunale Entscheidungsprozesse wächst.

Gleichbehandlung gesellschaftlicher Gruppen sicherstellen

Alle gesellschaftlichen Gruppen, Studierende, Vereine, Verbände, Initiativen und traditionelle Gemeinschaften, haben Anspruch auf faire und sachbezogene Behandlung. Die Stadt muss sicherstellen, dass Vergaben, Kooperationen und Bewertungen unabhängig vom politischen oder organisatorischen Profil erfolgen. Gleichbehandlung stärkt den gesellschaftlichen Zusammenhalt und verhindert einseitige Benachteiligungen im öffentlichen Leben.

Viele Bürgerinnen und Bürger erleben zunehmend, dass politische Entscheidungen oder öffentliche Kommunikation nicht mehr als neutral wahrgenommen werden. Demokratie braucht nicht nur Vielfalt, sondern Fairness und dieses Gleichgewicht muss wiederhergestellt werden.

Sachliche und neutrale öffentliche Kommunikation

Die Presse- und Informationsarbeit der Stadt unter Verantwortung des Magistrats muss faktenbasiert, ausgewogen und frei von politischer Wertung sein. Amtliche Kommunikation hat zu informieren, nicht zu interpretieren oder parteipolitisch zu beeinflussen. Politische Auseinandersetzungen gehören in demokratische Gremien und nicht in politisch gesteuerte behördliche Verlautbarungen. Einheitliche Standards sichern Transparenz und stärken das Vertrauen in die Neutralität der Verwaltung.

Ideologische Einflussnahme verhindern

In den vergangenen Jahren hat sich gezeigt, dass die Stadt Marburg zunehmend Initiativen unterstützt, die unter dem Deckmantel der „Demokratieförderung“ klar politisch positioniert sind. Plattformen wie *Marburg macht Demokratie* bzw. das *Marburger Netzwerk für Demokratie und gegen Rechtsextremismus* treten öffentlich mit einer eindeutig einseitigen politischen Ausrichtung auf, die regelmäßig Akteuren aus dem linken Spektrum nahesteht und andere legitime gesellschaftliche Positionen pauschal ausgrenzt.

Wenn solche Strukturen organisatorische Unterstützung, finanzielle Förderung oder städtische Reichweite erhalten, entsteht eine ideologische Schieflage, die dem demokratischen Gleichbehandlungsprinzip widerspricht. Kommunale Gelder dürfen nicht dazu genutzt werden, politischen Gruppierungen, ob offen oder indirekt, Vorteile zu verschaffen oder Debattenräume

zu verengen. Eine Stadtverwaltung hat sich neutral zu verhalten und darf keine Infrastruktur bereitstellen, die faktisch zur politischen Einflussnahme genutzt wird.

Wir lehnen es ab, dass kommunale Ressourcen über Umwege in Projekte fließen, deren Aktivitäten regelmäßig mit parteipolitischen Botschaften verbunden sind oder die bestimmte Bevölkerungsgruppen pauschal stigmatisieren.

Demokratie stärkt man nicht durch die Förderung einseitiger Netzwerke, sondern durch offene Debatten, rechtsstaatliche Verfahren und echte Pluralität. Marburg braucht eine Verwaltung, die allen Bürgerinnen und Bürgern gleichermaßen neutral, transparent und frei von ideologischer oder politischer Einflussnahme dient.

Forderungen

- Ein kommunales Transparenzregister einrichten und Entscheidungsprozesse nachvollziehbar offenlegen.
- Klare und einheitliche Vergabekriterien, mit Gleichbehandlung aller gesellschaftlichen Gruppen, für kommunale Räume und Fördermittel gewährleisten.
- Frühzeitige Bürgerbeteiligung bei Großprojekten sicherstellen und Kosten-, Zeit- und Wirkungsanalysen verpflichtend einführen.
- Moderne Beteiligungsformate ausbauen, darunter digitale Plattformen und regelmäßige Bürgerbefragungen.
- Die öffentliche Kommunikation der Verwaltung sachlich, faktenbasiert und politisch neutral ausgestalten.

Zielsetzung

Die Verwaltung ist der Garant rechtsstaatlicher Verfahren. Die politische Fairness liegt in der Verantwortung der demokratisch gewählten Stadtführung. Wo dieser Anspruch nicht erfüllt wird, verliert die Demokratie an Vertrauen. Marburg braucht eine verlässliche, unparteiische und rechtsstaatlich geführte Verwaltung, die allen Bürgern gleichermaßen verpflichtet ist.

Unser Ziel ist eine kommunale Verwaltung, die nachvollziehbar, neutral und bürgerorientiert arbeitet. Transparente Verfahren, klare Verantwortlichkeiten und faire Behandlung aller gesellschaftlichen Gruppen stärken das Vertrauen der Bevölkerung in demokratische Strukturen.

Marburg soll ein Ort sein, an dem politische Entscheidungen verständlich bleiben und Rechtsstaatlichkeit das verbindende Fundament kommunaler Politik bildet.

ZEIT FÜR WIRTSCHAFTLICHE STABILITÄT – Kapitel 3: Wirtschaft

Rahmen schaffen - Chancen nutzen

Leitbild und wirtschaftspolitische Grundsätze

Wirtschaftliche Stabilität entsteht durch verlässliche Finanzen, effiziente Verwaltungsstrukturen und klare Prioritäten. Die Stadt Marburg muss öffentliche Mittel verantwortungsvoll einsetzen, Entscheidungen transparent gestalten und Rahmenbedingungen schaffen, die Unternehmen, Handwerk und Dienstleistungen stärken. Eine moderne Verwaltung und solide Planung bilden das Fundament einer nachhaltigen wirtschaftlichen Entwicklung.

Herausforderungen für wirtschaftliche Stabilität und Standortentwicklung in Marburg

Marburg steht vor wachsenden wirtschaftlichen Belastungen, die Unternehmen, Handwerk und Beschäftigte gleichermaßen treffen. Steigende kommunale Kosten, von Gebühren über Personalaufwendungen bis hin zu einer fortlaufenden Ausweitung der Verwaltungsstrukturen, erhöhen den finanziellen Druck auf Betriebe und Bürger. Zugleich hat die Stadt mit Anhebungen von Gewerbesteuer und Grundsteuer B die Standortbedingungen weiter verschärft. Laut IHK beeinträchtigen diese Maßnahmen die Investitionsbereitschaft erheblich. Mittelstand und Handwerk warnen vor Abwanderungstendenzen und einem deutlichen Wettbewerbsnachteil gegenüber umliegenden Kommunen.

Parallel wächst die Bürokratisierung. Neue Referate, Stabsstellen und Sonderprogramme binden Ressourcen, während zentrale Aufgaben der Daseinsvorsorge, digitale Verwaltungsverfahren, Genehmigungen, Infrastrukturpflege, hinter dem tatsächlichen Bedarf zurückbleiben. Lange Bearbeitungszeiten und uneinheitliche Abläufe erschweren Unternehmensgründungen, Modernisierungen und Expansionen.

Der Investitionsstau ist in Marburg vielerorts sichtbar. Sanierungsbedürftige Straßen und Brücken rund um den Hauptbahnhof und am Erlenring, marode öffentliche Gebäude und Modernisierungsbedarf im Georg-Gaßmann-Stadion stehen exemplarisch für eine unzureichende Substanzerhaltung. Gleichzeitig stockt die Entwicklung neuer Gewerbegebiete, etwa in Wehrda und am Südbahnhof, was dringend benötigte Erweiterungs- und Neuansiedlungsoptionen behindert.

Diese Entwicklungen zeigen deutlich: Marburg benötigt eine wirtschaftspolitische Neujustierung, welche Kosten bremst, Bürokratie abbaut und Investitionen wieder ermöglicht. Prioritäten müssen klar gesetzt werden, zugunsten einer leistungsfähigen Verwaltung, einer verlässlichen Infrastruktur und stabiler Rahmenbedingungen für Unternehmen.

Marburg steht zudem in einem intensiven Standortwettbewerb mit den umliegenden Mittelpunkten Gießen und Wetzlar. Beide Kommunen haben in den vergangenen Jahren gezielt, durch niedrigere Steuerlast, digitalisierte Genehmigungsverfahren und eine deutlich aktiveren Gewerbegebächenpolitik wirtschaftsfreundlichere Rahmenbedingungen geschaffen.

Während dort neue Entwicklungsgebiete, schnellere Bearbeitungsprozesse und verlässliche Investitionsbedingungen entstehen, verliert Marburg zunehmend an Wettbewerbsfähigkeit. Unternehmen prüfen verstärkt Alternativen im Umland, weil dort , Neuansiedlung, Expansion und Modernisierung einfacher realisierbar sind. Um Abwanderungstendenzen entgegenzuwirken, muss Marburg seine Standortstrategie neu ausrichten und wirtschaftliche Rahmenbedingungen schaffen, die im regionalen Vergleich wieder attraktiv und verlässlich sind.

Eine Zukunftsstrategie für Marburg beginnt mit schlanken Strukturen, effizienten Prozessen und einem konsequenten Fokus auf Substanzerhalt und wirtschaftliche Dynamik.

Solide Finanzpolitik & Priorisierung der Kernaufgaben

Eine finanziell handlungsfähige Sstadt muss ihre Mittel dort einsetzen, wo sie Wirkung entfalten: bei Funktionsfähigkeit, Lebensqualität und einer starken lokalen Wirtschaft. In Marburg wurde dieser Grundsatz in den vergangenen Jahren zunehmend verlassen. Trotz angespannter Haushaltsslage wurden zahlreiche freiwillige Strukturen aufgebaut. Darunter fallen zusätzliche Gleichstellungs- und Diversitätsstellen, neue Bereiche für Migration und Integrationskoordination sowie umfangreiche Klima- und Fair-Trade-Programme. Diese Bereiche wachsen überproportional, während zentrale Aufgaben der kommunalen Daseinsvorsorge unterfinanziert bleiben.

Besonders deutlich zeigt sich das Missverhältnis dort, wo die Leistungsfähigkeit der Stadt unmittelbar von ausreichender Ausstattung abhängt: Genehmigungsbehörden sind chronisch überlastet, digitale Verwaltungsangebote kommen nur schleppend voran, das Gebäudemanagement arbeitet am Limit und Infrastrukturpflege bleibt hinter den Erfordernissen zurück. Die Folge sind lange Bearbeitungszeiten, Investitionsverzögerungen und ein wachsender Sanierungsstau. Dies sind Entwicklungen, die Unternehmen, Handwerk und Bürger gleichermaßen belasten.

Eine solide Finanzpolitik muss daher konsequent Prioritäten setzen: freiwillige Leistungen überprüfen, Doppelstrukturen abbauen und Ressourcen in Kernbereiche umschichten.

Transparente Haushaltsführung, klare Folgekostenanalysen und der Vorrang von Substanzerhalt vor neuen Projekten bilden die Grundlage für einen Haushalt, der wirtschaftliche Stabilität fördert und Zukunftssicherheit schafft. Marburg braucht eine Finanzpolitik, die das Notwendige stärkt, statt das Beliebige auszubauen.

Entbürokratisierung & digitale Verwaltung als Standortfaktor

Ein moderner Wirtschaftsstandort braucht eine Verwaltung, die schnell, digital und verlässlich arbeitet. In Marburg hingegen bremsen lange Bearbeitungszeiten, uneinheitliche Verfahren und gewachsene Doppelstrukturen Investitionen und Bauvorhaben aus. Unternehmen berichten regelmäßig von monatelangen Wartezeiten bei Bauanträgen, Gewerbegenehmigungen und wirtschaftsrelevanten Verwaltungsprozessen. Viele Abläufe, die in anderen Kommunen längst

online möglich sind, erfordern in Marburg weiterhin persönliche Vorsprachen und Papierformulare. Dies ist ein Rückstand, der Standortentscheidungen spürbar beeinflusst.

Die digitale Infrastruktur der Verwaltung ist unzureichend ausgebaut: Wirtschaftsförderung, Gewerbeanmeldungen und interne Abstimmungsprozesse leiden unter fehlender Automatisierung und mangelhafter Verfahrenskoordination. Parallele Stabsstellen und unklare Zuständigkeiten führen zudem zu Schnittstellenproblemen, die Entscheidungen verzögern und Ressourcen binden. Für Handwerk, Mittelstand und Investoren bedeutet dies: fehlende Planbarkeit und vermeidbare Zusatzkosten.

Marburg benötigt daher einen klaren Modernisierungsschritt. Digitale Bauanträge, verbindliche Bearbeitungsfristen, vollständig nachvollziehbare Prozessabläufe und der Abbau redundanter Zuständigkeitsbereiche sind zentrale Voraussetzungen für eine leistungsfähige Verwaltung. Eine „digital-first“-Ausrichtung reduziert Kosten, beschleunigt Genehmigungsprozesse und stärkt die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts.

Entbürokratisierung ist kein Verwaltungsdetail, sondern ein zentraler Faktor wirtschaftlicher Zukunftsfähigkeit. Eine effiziente, digitalisierte und verlässlich arbeitende Verwaltung entscheidet darüber, ob Marburg Wachstum ermöglicht oder behindert.

Regionale Wirtschaft & Wissenschaft stärken

Marburg verfügt über eine einzigartige Kombination aus Universität, Klinikum, biotechnologischer Industrie, starkem Handwerk und vielfältigem Mittelstand. Diese dichte Konzentration wissenschaftlicher und wirtschaftlicher Kompetenz macht die Stadt zu einem der bedeutendsten Innovationsstandorte Hessens. Dennoch bleiben viele Synergien ungenutzt: Die Kooperation zwischen Forschung, Handwerk und Mittelstand ist ausbaufähig, Innovationspotenziale werden nur punktuell erschlossen und regionale Betriebe sehen sich steigenden Kosten sowie bürokratischen Hürden gegenüber.

Unternehmen wie CSL Behring, universitäre Forschungsbereiche in Virologie und Mikrobiologie sowie das UKGM schaffen hochqualifizierte Arbeitsplätze und enorme regionale Wertschöpfung. Doch bislang fehlt eine kommunale Strategie, die diese Stärken aktiv in Wirtschafts- und Standortpolitik einbindet. Der Technologietransfer zwischen Wissenschaft und Wirtschaft findet überwiegend informell statt, was ein struktureller Nachteil gegenüber Städten, die Innovation systematisch fördern, darstellt.

Um Marburgs wissenschaftliche und wirtschaftliche Stärken wirksam zu nutzen, braucht es stabile und planbare Rahmenbedingungen für Investitionen, eine aktive Entwicklung zusätzlicher Gewerbeflächen für wissenschaftsnahe Betriebe sowie eine systematische Einbindung der Universität in Innovations- und Gründungsprozesse. Gleichzeitig muss die Zusammenarbeit von Wissenschaft, Handwerk und Mittelstand deutlich gestärkt werden, insbesondere bei Fachkräftesicherung, Ausbildung und Technologietransfer.

Ziel ist eine klare Standortstrategie, die Wachstum ermöglicht, regionale Wertschöpfung steigert und qualifizierte Arbeitsplätze langfristig sichert. Marburg hat alle Voraussetzungen,

ein führender Wissenschafts- und Technologiestandort der Region zu sein. Es braucht jedoch eine kommunale Politik, die dieses Potenzial konsequent und wirtschaftsfreundlich hebt.

Start-up-Ökosystem & Gründungsdynamik

Eine zukunftsfähige wirtschaftliche Entwicklung braucht ein starkes Start-up-Ökosystem, das Innovationen ermöglicht und neue Wertschöpfung schafft. Marburg verfügt mit der Philipps-Universität, dem UKGM, der biotechnologischen Industrie und dem universitären Gründungszentrum MAFEX über hervorragende Voraussetzungen. Dennoch bleiben viele Potenziale ungenutzt. Fehlende flexible Büro- und Laborflächen, langwierige Umnutzungsverfahren und unklare Zuständigkeiten bremsen Gründungen aus. Start-ups wandern häufig in Regionen ab, die schneller und wirtschaftsfreundlicher handeln.

Zwar bieten MAFEX und das StartMiUp-Netzwerk professionelle Gründungsberatung, doch es fehlt eine kommunale Strategie, die diese Strukturen mit Mittelstand, Handwerk und Investoren verbindet. Wichtig sind schnelle digitale Prozesse, die Bereitstellung geeigneter Räume und eine aktive Vernetzung aller Akteure.

Daher braucht Marburg eine klare Innovations- und Gründungsstrategie: die beschleunigte Umnutzung leerstehender Gebäude für Start-ups, ein kommunales Gründerzentrum mit Co-Working- und Laborflächen sowie regelmäßige Gründungs- und Innovationstage von Stadt, Universität, IHK und Handwerk. So entsteht ein dynamisches Ökosystem, das junge Unternehmen bindet, Arbeitsplätze schafft und Marburgs Wettbewerbsfähigkeit stärkt.

Eine solche Strategie basiert auf kommunalen Hebeln, die unmittelbar wirksam werden können: Erstens braucht es ein kommunales Innovations- und Flächenmanagement, das leerstehende oder untergenutzte Gebäude systematisch erfasst und für Büro-, Labor- oder Co-Working-Nutzungen priorisiert freigibt. Dies wird ergänzt durch beschleunigte Umnutzungsverfahren und klare digitale Antragsprozesse.

Zweitens sollte die Stadt gemeinsam mit MAFEX und der Universität ein kommunales Gründerzentrum etablieren, das flexible Räumlichkeiten, Beratungsleistungen und Netzwerkangebote bündelt.

Drittens benötigt Marburg eine institutionalisierte Innovationsstruktur, etwa einen regelmäßig tagenden „Runden Tisch Gründung & Transfer“ sowie jährliche Gründungs- und Innovationstage von Stadt, Universität, IHK und Handwerk.

Diese Maßnahmen schaffen planbare Rahmenbedingungen, erleichtern Start-ups den Markteintritt und verankern Marburg sichtbar als innovationsfreundlichen Standort.

Standortentwicklung & Gewerbeflächenpolitik

Eine zukunftsfähige wirtschaftliche Entwicklung braucht in Marburg eine verlässliche und vorausschauende Standortpolitik. Der Investitionsstau bei Straßen, Brücken, öffentlichen Gebäuden und technischen Anlagen beeinträchtigt längst nicht mehr nur die Lebensqualität, sondern auch die Wettbewerbsfähigkeit des Standortes. Unternehmen und Handwerksbetriebe sind auf funktionierende Infrastruktur und planbare Entwicklungsflächen angewiesen, um investieren und Arbeitsplätze sichern zu können.

Marburg verfügt jedoch über begrenzte Gewerbeflächen, die häufig nur unzureichend erschlossen oder nicht bedarfsgerecht entwickelt sind. Langwierige Verfahren behindern Neuansiedlungen und erschweren bestehenden Betrieben die notwendige Expansion. Daher braucht die Stadt eine klare Strategie, die neue Gewerbe- und Mischgebiete identifiziert, vorhandene Flächen aktiviert und planungsrechtliche Hürden abbaut.

Eine strategisch ausgerichtete Gewerbeflächen- und Infrastrukturpolitik schafft Investitionssicherheit, stärkt die regionale Wirtschaft und ermöglicht nachhaltiges Wachstum. Ohne klare Prioritäten in diesen Bereichen droht Marburg an Attraktivität zu verlieren.

Forderungen

- Die Verwaltung durch digitale Verfahren, klare Bearbeitungsfristen und den Abbau redundanter Strukturen effizient und wirtschaftsfreundlich ausrichten.
- Eine solide Finanzpolitik durch Konzentration auf kommunale Kernaufgaben, transparente Haushaltssteuerung und Priorisierung von Substanzerhalt sicherstellen.
- Gewerbesteuer- und Grundsteuerbelastungen senken und damit die Investitionsbereitschaft regionaler Unternehmen stärken.
- Den Wissenschafts- und Wirtschaftsstandort Marburg durch enge Kooperation von Universität, Mittelstand, Handwerk und städtischer Wirtschaftsförderung gezielt weiterentwickeln.
- Neue Gewerbeflächen bedarfsgerecht erschließen, bestehende Flächen aktivieren und Infrastruktur modernisieren, um Investitionen zu erleichtern und Arbeitsplätze zu sichern.

Zielsetzung

Marburg soll ein wirtschaftlich starker und finanziell handlungsfähiger Standort sein, der Unternehmen verlässliche Perspektiven bietet und öffentliche Mittel verantwortungsvoll einsetzt. Effiziente Verwaltungsstrukturen, eine solide Finanzpolitik und eine aktive Standortentwicklung sollen Wachstum ermöglichen, Arbeitsplätze sichern und regionale Wertschöpfung steigern. Ziel ist ein Marburg, das Innovation, Handwerk und Unternehmergeist fördert und klare, wirtschaftsfreundliche Rahmenbedingungen schafft.

Gleichzeitig verfolgt Marburg die Vision leistungsstarken, wirtschaftsfreundlichen und zukunftsfähigen Stadt, in der Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung reibungslos zusammenwirken. Eine Stadt, in der neue Unternehmen schnell starten können, bestehende Betriebe verlässlich planen und innovative Ideen in marktfähige Lösungen übergehen.

Ein Marburg, das durch starke Infrastruktur, digitale Verwaltung und ein lebendiges Start-up-Ökosystem attraktiv für Fachkräfte, Gründerinnen und Gründer sowie Investoren ist und dadurch nachhaltig Wohlstand sichert.

ZEIT FÜR BEZAHLBAREN WOHNRAUM – Kapitel 4: Wohnen

Lebensqualität für alle Generationen

Leitbild und wohnungspolitische Grundsätze

Eine verantwortungsvolle Wohnungspolitik stellt bezahlbaren, qualitätsvollen und nachhaltig entwickelten Wohnraum in den Mittelpunkt. Marburg benötigt transparente Verfahren, verlässliche Planungen und eine effiziente Verwaltung, damit neuer Wohnraum entstehen und bestehender sinnvoll weiterentwickelt werden kann. Vorrang haben Innenentwicklung, wirtschaftliche Realisierbarkeit und Wohnformen, die den unterschiedlichen Lebenssituationen, von Studierenden über Familien bis hin zu Senioren, gerecht werden.

Herausforderungen für Wohnraumversorgung und Stadtentwicklung in Marburg

Marburg steht vor einer hohen Wohnraumnachfrage, begrenzten verfügbaren Flächen und steigenden Bau- und Betriebskosten. Diese Faktoren belasten Studierende, Familien und Berufstätige gleichermaßen. Gleichzeitig erfordern Innenentwicklung, nachhaltige Verdichtung und der Erhalt städtebaulicher Qualität ein abgestimmtes Vorgehen. Um Wohnraum bezahlbar zu halten und Entwicklungspotenziale zu nutzen, braucht es transparente Prozesse, klare Kriterien und eine systematische Aktivierung bestehender Flächen und Leerstände.

Fehlentwicklungen bei Steuererhöhungen und Wohnkosten belasten Mieter und Familien

In den vergangenen Jahren wurden kommunale Abgaben angepasst. Während die Gewerbesteuer nach einer Phase stabiler beziehungsweise abgesenkter Hebesätze zuletzt erhöht wurde, zeigt sich bei der Grundsteuer infolge der Reform ein differenziertes Bild mit individuellen Entlastungen und Belastungen. Ziel der Stadt muss es sein, die Hebesätze so niedrig wie möglich zu halten, um zusätzliche Belastungen für Unternehmen, Mieter und Eigentümer zu vermeiden.

Die Industrie- und Handelskammer Mittelhessen warnte öffentlich, dass steigende kommunale Abgaben nicht nur lokale Unternehmen belasten, sondern sich mittelbar auch auf Mietpreise und Baukosten auswirken. Gerade in einer Stadt mit ohnehin angespanntem Wohnungsmarkt treffen solche Maßnahmen Studierende, Familien und Pendler besonders hart.

Diese finanziellen Belastungen erschweren Investitionen in neuen Wohnraum und erhöhen die Betriebskosten bestehender Gebäude. Eine verantwortungsvolle Wohnungspolitik muss daher vermeiden, dass kommunale Entscheidungen Wohnen zusätzlich verteuern, und stattdessen Anreize für bezahlbares Bauen und langfristige Stabilität setzen.

Verantwortung der Stadt für transparente und effiziente Wohnraumentwicklung

Die Stadt trägt Verantwortung für Planungs- und Genehmigungsverfahren, die klar strukturiert, nachvollziehbar und zügig umsetzbar sind. Einheitliche Kriterien und frühzeitige Abstimmungen schaffen Investitionssicherheit und Vertrauen bei Bauherren, Wohnungsunternehmen und Bürgern. Eine effiziente Verwaltung, die Kosten offenlegt und Prozesse digitalisiert, ist entscheidend, um Wohnraumentwicklung verlässlich und transparent zu gestalten.

Der soziale Wohnungsbau ist dabei vorrangig eine Aufgabe der öffentlichen Hand. Die Stadt muss ihren Beitrag insbesondere über eigene Wohnungsunternehmen, gezielte Förderinstrumente und Kooperationen mit Land und Bund leisten, anstatt soziale Ausgleichsziele auf private Bauherren zu verlagern.

Innenentwicklung und Nutzung bestehender Potenziale

Marburg muss vorhandene Flächen und Gebäude stärker aktivieren, bevor neue Außenbereiche erschlossen werden. Dazu gehören Baulücken, Aufstockungen, Umnutzungen und Konversionsflächen, die stadtbildverträglich genutzt werden können. Eine priorisierte Innenentwicklung entlastet Flächenverbrauch, stärkt Ortskerne und ermöglicht die Schaffung von Wohnraum, ohne zusätzliche Bebauung am Stadtrand voranzutreiben.

Vielfalt der Wohnformen und bedarfsgerechte Angebote

Wohnraumentwicklung muss unterschiedliche Lebenssituationen berücksichtigen. Dazu gehören studentisches Wohnen, familiengerechte Angebote, barrierefreie Lösungen sowie seniorenorientierte Wohnformen.

Eine ausgewogene Mischung unterschiedlicher Wohnformen sollte dabei auf Quartiers- und Stadtbene erreicht werden und nicht durch verpflichtende soziale Durchmischung innerhalb einzelner Gebäude erzwungen werden. Dies verhindert einseitige Entwicklungen und ermöglicht, dass Menschen in jeder Lebensphase passenden Wohnraum finden.

Qualität, Wirtschaftlichkeit und städtebauliche Verträglichkeit

Neuer Wohnraum muss wirtschaftlich umsetzbar, langfristig nutzbar und städtebaulich gut integriert sein. Zusätzliche Auflagen, insbesondere sozialpolitisch motivierte Verpflichtungen für private Bauprojekte, erhöhen Baukosten deutlich und können investitionshemmend wirken, ohne den Wohnungsmarkt nachhaltig zu entlasten. Energetische Standards, architektonische Qualität und wirtschaftliche Realisierbarkeit sind miteinander in Einklang zu bringen. Nur wenn Bauprojekte sinnvoll geplant, finanziert und verträglich sind, können sie dauerhaft zur Entlastung des Wohnungsmarktes beitragen und das Stadtbild positiv weiterentwickeln.

Forderungen

- Planungs- und Genehmigungsverfahren digitalisieren, vereinheitlichen und beschleunigen, um Investitionssicherheit und Effizienz zu erhöhen.
- Baulücken, Aufstockungen, Umnutzungen und Konversionsflächen priorisiert nutzen, bevor neue Außenbereiche erschlossen werden.
- Kommunale Kostenstrukturen im Wohn-, Infrastruktur- und Baubereich transparent offenlegen und regelmäßig über Wohnraumbedarf und Mietentwicklung berichten.
- Regionale Wohnungsbaugesellschaften, Genossenschaften und Handwerksbetriebe durch faire Vergaben und verlässliche Rahmenbedingungen stärken.
- Wohnraumentwicklung konsequent mit Verkehrskonzepten sowie Bildungs-, Kultur- und Sozialinfrastruktur abstimmen.

Zielsetzung

Ziel ist eine nachhaltige und ausgewogene Wohnraumentwicklung, die bezahlbaren Wohnraum schafft, vorhandene Potenziale nutzt und regionale Akteure stärkt. Transparente Verfahren, effiziente Abläufe und verantwortungsvoller Mitteleinsatz sollen sicherstellen, dass Marburg für Studierende, Familien und Berufstätige ein attraktiver Wohn- und Lebensort bleibt. Eine verlässliche, nachvollziehbare Wohnungspolitik schafft langfristige Stabilität und trägt zu einer lebendigen, vielfältigen Stadtentwicklung bei.

ZEIT FÜR KLUGE VERKEHRSPOLITIK – Kapitel 5: Verkehr

Mobilität ermöglichen – Stadtleben stärken

Leitbild und verkehrspolitische Grundsätze

Eine verlässliche Verkehrspolitik stellt sichere, alltagstaugliche und bezahlbare Mobilität für alle Bürger in den Mittelpunkt. Sie berücksichtigt Fußgänger, Radfahrer, ÖPNV-Nutzer und Autofahrer gleichermaßen und setzt auf realistische, technologieoffene Lösungen. Klare Planungen, nachvollziehbare Entscheidungen und eine sachliche Abwägung unterschiedlicher Interessen schaffen die Grundlage für ein Verkehrssystem, das Mobilität ermöglicht und die Lebensqualität in allen Stadtteilen stärkt.

Herausforderungen für Mobilität und Verkehrsentwicklung in Marburg

Marburg steht vor besonderen verkehrlichen Herausforderungen: begrenzter Raum, topografisch anspruchsvolle Lage und steigende Mobilitätsbedarfe treffen auf vorhandene Engpässe in Infrastruktur und Verkehrsfluss. Die Erreichbarkeit von Wohngebieten, Gewerbestandorten, Schulen und der Universität erfordert abgestimmte Lösungen, die Sicherheit, Effizienz und Praktikabilität verbinden. Gleichzeitig müssen Maßnahmen realistisch und ohne ideologische Zielvorgaben entwickelt werden.

Verantwortung der Stadt für sichere, verlässliche und realistische Verkehrspolitik

Die Stadt trägt Verantwortung für eine Verkehrspolitik, die auf verlässlichen Daten, funktionierenden Abläufen und nachvollziehbaren Entscheidungen basiert. Sie muss Infrastruktur pflegen, Verkehrsflüsse im Blick behalten und Maßnahmen entwickeln, die Sicherheit und Effizienz gleichermaßen fördern. Ideologisch motivierte Experimente sind zu vermeiden. Stattdessen braucht es praktikable Lösungen, die den tatsächlichen Bedarf der Bürger widerspiegeln und den Alltag in allen Stadtteilen unterstützen.

Sichere Verkehrswege und verlässliche Infrastruktur

Sichere und gut gepflegte Verkehrswege sind Grundvoraussetzung für Mobilität. Dazu gehören klare Wegführungen, barrierefreie Fußwege, sichere Übergänge und eine funktionierende Beleuchtung. Straßen, Brücken und ÖPNV-Angebote müssen kontinuierlich modernisiert und bedarfsgerecht ausgebaut werden, damit Verkehrsflüsse stabil bleiben und Engpässe reduziert werden. Eine zuverlässige Infrastruktur stärkt nicht nur die Sicherheit, sondern auch die Erreichbarkeit der gesamten Stadt.

Vernetzte Mobilität und alltagstaugliche Erreichbarkeit

Ein funktionierendes Verkehrssystem verbindet unterschiedliche Verkehrsformen sinnvoll miteinander. Marburg benötigt eine verlässliche Abstimmung von Auto-, Rad-, Fuß- und ÖPNV-Verkehr, damit zentrale Einrichtungen wie Schulen, Universität, Kliniken und Gewerbegebiete gut erreichbar bleiben. In den Außenstadtteilen sind stärkere Taktungen und bedarfsgerechte Angebote notwendig, um Mobilität im Alltag sicherzustellen und Abhängigkeiten vom Individualverkehr zu reduzieren.

MoVe35: Symbolpolitik gegen den Bürgerwillen

Das Mobilitätskonzept MoVe35 sollte Marburgs Verkehr grundlegend umgestalten und den motorisierten Individualverkehr deutlich reduzieren. Die Bürgerbefragung im Juni 2024 hat jedoch klar gezeigt, dass das Konzept in der Bevölkerung keine ausreichende Unterstützung findet. Viele Menschen sahen darin kein alltagstaugliches Mobilitätskonzept, sondern ein ideologisch motiviertes Projekt, das Wege verlängert, Erreichbarkeit erschwert und den Alltag, besonders für Familien, Pendler, Berufstätige und Bewohner der Außenstadtteile, unnötig belastet.

Statt den Bürgerwillen zu respektieren, setzt die Stadt das Konzept unter politischer Verantwortung von Magistrat und Stadtspitze nun in Einzelmaßnahmen fort. Stellplatzabbau, umgewidmete Fahrspuren, veränderte Verkehrsführungen und zusätzliche Tempo-30-Abschnitte werden schrittweise umgesetzt, ohne das Gesamtbild erneut zur Abstimmung zu stellen. Dieses Vorgehen erweckt den Eindruck, die Ablehnung der Bevölkerung zu umgehen und MoVe35 durch die Hintertür einzuführen. Eine solche Vorgehensweise schwächt das Vertrauen in Beteiligungsprozesse und belastet die Akzeptanz kommunaler Verkehrspolitik.

Zudem verweist die Stadt zunehmend auf neue bundesrechtliche Möglichkeiten für Tempo 30, etwa auf der zentralen Innenstadtachse. Doch selbst wenn der Gesetzgeber neue Optionen schafft, bleibt die Stadt in der Verantwortung, diese mit Augenmaß zu nutzen. Tempo 30 auf Hauptverkehrsachsen darf nicht zur pauschalen Lösung für verkehrliche Herausforderungen werden. Ohne klaren Sicherheitsgewinn verschärfen solche Maßnahmen Engpässe, verlängern Wege und schwächen die Attraktivität der Innenstadt. Tempo-30-Anordnungen auf Hauptverkehrsstraßen sollen daher auf begründete Ausnahmefälle mit nachweisbarem Sicherheitsbedarf beschränkt und bestehende pauschale Regelungen überprüft und zurückgenommen werden.

MoVe35 steht damit exemplarisch für eine Verkehrspolitik, die politische Zielvorgaben über Alltagstauglichkeit und Akzeptanz stellt. Marburg braucht jedoch eine Mobilitätspolitik, die Vernunft, Praxisnähe und den Willen der Bürger in den Mittelpunkt stellt. Nur realistische und bedarfsgerechte Maßnahmen können Mobilität für alle zuverlässig sichern.

Forderungen

- Die Verkehrsinfrastruktur, insbesondere auf den Hauptverkehrsachsen, leistungsfähig erhalten und gezielt ausbauen.
- Abschaffung der Tempo-30-Zonen (keine Einführung von MoVe35 durch die Hintertür)
- Moderne, digital gesteuerte Ampel- und Parkleitsysteme nutzen, um Staus zu reduzieren und Verkehrsflüsse zu verbessern.
- Parkmöglichkeiten bedarfsgerecht ausbauen, insbesondere für Pendler und Familien, statt Stellplätze pauschal abzubauen.
- Den ÖPNV durch transparentes Kostencontrolling, bessere Taktung in Außenstadtteilen und bedarfsgesteuerte Angebote im ländlichen Raum stärken.

Zielsetzung

Ziel ist ein Verkehrssystem, das Mobilität für alle Bürger ermöglicht, Verkehrsflüsse verbessert und vorhandene Infrastruktur effizient nutzt. Entscheidungen sollen sich am tatsächlichen Bedarf orientieren und unterschiedliche Mobilitätsformen realistisch berücksichtigen. Marburg benötigt klare, nachvollziehbare Planungen und Maßnahmen, die Sicherheit, Erreichbarkeit und Alltagstauglichkeit stärken.

Eine moderne Verkehrspolitik setzt auf Technologieoffenheit und transparente Entscheidungswege. So entsteht ein funktionierender Verkehrsraum, der Engpässe reduziert, Stadtteile besser verbindet und Mobilität im gesamten Stadtgebiet verlässlich sichert.

ZEIT FÜR STARKE SCHULEN – Kapitel 6: Bildung und Schule

Bildung fördern – Zukunft ermöglichen

Leitbild und bildungspolitische Grundsätze

Eine verlässliche kommunale Bildungspolitik sorgt für gut ausgestattete Schulen, klare organisatorische Strukturen und ein Umfeld, das konzentriertes Lernen ermöglicht. Die Stadt unterstützt Schulen durch moderne Infrastruktur, funktionierende IT, sichere Gebäude und transparente Verwaltungsabläufe. Leistungsorientierter Unterricht, politische Neutralität und die Wahrung der Elternrechte bilden den Rahmen, in dem Bildung in Marburg stattfinden soll. Kommunale Maßnahmen haben dabei stets den pädagogischen Auftrag der Schulen zu stärken, nicht zu überlagern.

Herausforderungen für Schulen und Bildungsstrukturen in Marburg

Die Schulen in Marburg stehen vor strukturellen Herausforderungen, die sich unmittelbar auf die Lernbedingungen auswirken: Sanierungsbedarf an Gebäuden, uneinheitliche digitale Ausstattung, steigende organisatorische Anforderungen und begrenzte Raumkapazitäten. Hinzu kommt der Bedarf an klaren Regeln für externe Kooperationen, damit schulische Angebote neutral und am Bildungsauftrag orientiert bleiben. Familien, Lehrkräfte und Schulleitungen benötigen verlässliche kommunale Unterstützung, um Unterrichtsqualität, Ruhe und individuelle Förderung sicherzustellen.

Sanierungsstau an Marburger Schulen

In zahlreichen Marburger Schulen zeigt sich ein über Jahre aufgestauter Sanierungs- und Modernisierungsbedarf. Beispiele wie die Elisabethschule, an der beim Elternsprechtag zeitweise kein Licht in den Klassenräumen verfügbar war, verdeutlichen grundlegende Defizite in der Gebäudetechnik. Eine von der Presse öffentlich gemachte Mängelliste bestätigt, dass viele Schulgebäude im Stadtgebiet von veralteter Ausstattung, baulichen Schäden und unzureichender technischen Infrastruktur betroffen sind. Diese Zustände beeinträchtigen nicht nur den Unterricht, sondern auch Betreuung, Ganztagsangebote und digitale Lernformate.

Als Schulträger trägt die Stadt eine zentrale Verantwortung dafür, dass Gebäude sicher, funktionsfähig und pädagogisch nutzbar sind. Schulen sind Orte der Bildung, Erziehung und sozialen Entwicklung. Sie benötigen daher verlässliche Priorität in Haushaltsplanung, Instandhaltung und Investitionsentscheidungen. Eine kommunale Bildungspolitik, die ihrer Verantwortung gerecht wird, muss Sanierungsrückstände systematisch abbauen und notwendige Maßnahmen zügig umsetzen. Nur durch moderne Infrastruktur, technisch zuverlässige Ausstattung und gepflegte Gebäude können Lernbedingungen geschaffen werden, die Schülerinnen und Schülern in Marburg gerecht werden.

Verantwortung der Stadt als Schulträger

Als Schulträger ist die Stadt für Gebäude, Ausstattung, IT-Infrastruktur und funktionierende Verwaltungsabläufe verantwortlich. Sanierungen, ausreichende Raumkapazitäten, barrierefreie Zugänge und moderne Fachräume gehören zu den zentralen Aufgaben. Ebenso wichtig sind zuverlässige IT-Systeme, technischer Support und eine Ausstattung, die den Unterricht praktisch unterstützt. Durch klare Prozesse und transparente Kommunikation schafft die Stadt die Rahmenbedingungen, damit Schulen ihren pädagogischen Auftrag erfüllen können.

Stärkung der Unterrichtsqualität durch verlässliche Rahmenbedingungen

Unterrichtsqualität hängt auch von einer Umgebung ab, die konzentriertes Arbeiten zulässt. Die Stadt kann hierzu beitragen, indem sie für saubere, sichere und gut organisierte Schulgebäude sorgt, Lärmbelastungen reduziert, funktionierende Ausstattung bereitstellt und Unterstützungsstrukturen schafft. Verlässliche Abläufe, pünktliche Instandhaltung und klare Zuständigkeiten entlasten Lehrkräfte und ermöglichen ihnen, sich auf ihren Unterricht zu konzentrieren und individuelle Förderung zu stärken.

Politische Neutralität und klare Grenzen kommunaler Bildungsangebote

Die Stadt muss sicherstellen, dass schulische Veranstaltungen, Kooperationen und externe Angebote neutral bleiben und dem Bildungsauftrag entsprechen. Kommunale Einrichtungen dürfen keine parteipolitischen oder aktivistischen Programme unterstützen, sondern müssen klare Kriterien für externe Partner und schulische Projekte vorgeben. Transparenz, nachvollziehbare Genehmigungsverfahren und Zurückhaltung der Verwaltung in weltanschaulichen Fragen schützen die Neutralität des schulischen Umfelds und stärken das Vertrauen von Eltern und Lehrkräften.

Kooperation mit Wirtschaft, Handwerk und beruflicher Bildung

Die Stadt kann die berufliche Orientierung stärken, indem sie Schulen, regionale Betriebe, Handwerkskammern und Ausbildungsnetzwerke verlässlich miteinander verbindet. Praktikumsformate, Informationsveranstaltungen, Berufsorientierungstage und Kooperationsprojekte unterstützen Schülerinnen und Schüler dabei, realistische Einblicke in handwerkliche und duale Ausbildungswege zu erhalten. Abstimmungen zwischen Schulen und lokalen Unternehmen fördern Fachkräfteentwicklung und eröffnen jungen Menschen vielfältige Perspektiven in der Region.

Digitalisierung mit pädagogischem Schwerpunkt

Die Stadt ist für die technische Grundausstattung der Schulen verantwortlich und muss digitale Infrastruktur bereitstellen, die zuverlässig funktioniert und pädagogisch sinnvoll nutzbar ist. Endgeräte, stabile Netzwerke und IT-Support sollen Lehrkräfte entlasten, ohne den Unterricht durch übermäßige Technik zu überfrachten. Beschaffungen müssen wirtschaftlich, wartungsarm und am Bildungsnutzen ausgerichtet sein. Digitale Lösungen sollen das Lernen unterstützen, nicht ersetzen.

Forderungen

- Schulgebäude, Fachräume und digitale Infrastruktur modernisieren und verlässlich instand halten, damit Lernen unter geeigneten Bedingungen stattfinden kann.
- Planungs- und Abstimmungsprozesse zwischen Stadt, Schulleitungen und Eltern transparent gestalten und beschleunigen.
- Politische Neutralität durch klare Kriterien für externe Partner, schulische Veranstaltungen und kommunale Angebote sichern.
- Kooperationen zwischen Schulen, Handwerksbetrieben und regionaler Wirtschaft stärken, um berufliche Orientierung und Ausbildungschancen zu fördern.
- Digitale Ausstattung wirtschaftlich, funktionssicher und pädagogisch begründet bereitstellen.

Zielsetzung

Ziel ist eine kommunale Bildungspolitik, die durch verlässliche Ausstattung, klare Strukturen und politische Neutralität stabile Lernbedingungen schafft. Marburgs Schulen sollen so unterstützt werden, dass Lehrkräfte entlastet, Elternrechte respektiert und Schülerinnen und Schüler individuell gefördert werden können. Eine starke Schulträgerarbeit, moderne Infrastruktur und transparente Prozesse sichern die Qualität des Unterrichts und stärken die Zukunftschancen junger Menschen in der Stadt.

ZEIT FÜR TRADITION UND KULTUR – Kapitel 7: Kultur

Marburgs Identität bewahren und gestalten

Leitbild und kulturelle Grundsätze

Kultur ist ein zentraler Bestandteil der Marburger Identität. Sie verbindet Geschichte, Wissenschaft, Tradition und eine lebendige Stadtgesellschaft zu einem gemeinsamen Erlebnisraum. Eine verantwortungsvolle Kulturpolitik erkennt diese Vielfalt an, ohne sie politisch zu instrumentalisieren, und schafft Rahmenbedingungen, unter denen sich künstlerisches und kulturelles Leben frei entfalten können.

Marburgs kulturelles Erbe ist von einer langen Kontinuität geprägt: historische Feste, regionale Bräuche, handwerkliche Traditionen, studentische Kultur und ein vielfältiges Vereinswesen bilden das Fundament der Stadt. Diese gewachsenen Strukturen gilt es zu schützen, zu stärken und sichtbar zu halten. Kulturpolitik muss dabei immer die historische Tiefe der Stadt berücksichtigen, aber zugleich offen für neue Ausdrucksformen bleiben, solange sie sich im Rahmen rechtsstaatlicher und gemeinwohlorientierter Grundsätze bewegen.

Zentraler Maßstab für Kulturpolitik ist die Freiheit von Kunst, Rede und wissenschaftlicher Auseinandersetzung. Eine Kulturstadt wie Marburg lebt vom offenen Austausch, von kontroversen Debatten und von der Möglichkeit, unterschiedliche ästhetische und gesellschaftliche Positionen nebeneinander stehen zu lassen. Staatliche Stellen dürfen kulturelle Angebote weder aufgrund politischer Erwägungen bevorzugen noch benachteiligen. Entscheidend sind Qualität, fachliche Kriterien und die Gleichbehandlung aller Akteure.

Darüber hinaus versteht die AfD Marburg Kultur als Ausdruck regionaler Identität. Dazu gehören die Pflege lokaler Feste, die Bewahrung historischer Trachten und Bräuche, die Unterstützung tradierter Vereine sowie die Anerkennung der prägenden Rolle der studentischen Kultur. Diese Elemente machen Marburg einzigartig und stiften Bindung, Gemeinschaft und Heimatbewusstsein.

Ein modernes, zukunftsfähiges Kulturleitbild für Marburg ruht daher auf vier Grundprinzipien:

1. **Freiheit und Offenheit:** Kultur lebt vom freien Wort, vom freien künstlerischen Ausdruck und vom offenen wissenschaftlichen Diskurs.
2. **Tradition und Identität:** Regionale Besonderheiten, historisch gewachsene Formen des kulturellen Lebens und traditionsreiche Vereine sind zu schützen und zu stärken.
3. **Neutralität und Fairness:** Kulturpolitik darf nicht ideologisch gesteuert sein. Alle Akteure haben Anspruch auf Gleichbehandlung, transparente Verfahren und Respekt.
4. **Gemeinwohlorientierung:** Kulturelle Förderung muss nachvollziehbar, qualitätsorientiert und dem Zusammenhalt der Stadtgesellschaft verpflichtet sein.

Auf dieser Grundlage strebt die AfD Marburg eine Kulturpolitik an, die Bewährtes bewahrt, Vielfalt ermöglicht und kulturelle Freiheit als unverzichtbares Element städtischen Lebens schützt.

Kulturelle Herausforderungen in Marburg

Marburg steht im Kulturbereich vor strukturellen Problemen, die den offenen Austausch und die Vielfalt kultureller Ausdrucksformen beeinträchtigen. In den vergangenen Jahren kam es immer wieder zu Fällen, in denen künstlerische Formate, Lesungen oder Vorträge aufgrund politischer oder weltanschaulicher Erwägungen abgesagt oder nicht unterstützt wurden. Diese selektive Einflussnahme verengt den öffentlichen Diskursraum und widerspricht dem Anspruch einer freien Universitäts- und Kulturstadt.

Zugleich führt die verbreitete Einführung einer verpflichtenden geschlechtergerechten Amtssprache in städtischen Einrichtungen zu wachsender Bürokratisierung und sinkender Akzeptanz in der Bevölkerung. Sie erschwert Verständlichkeit und schafft unnötige Hürden in der Verwaltung und in der öffentlichen Kommunikation.

Diese Entwicklungen gefährden die Offenheit, Neutralität und Zugänglichkeit des kulturellen Lebens in Marburg und machen eine klare Neuorientierung notwendig.

Verantwortung der Stadt in der Kulturpolitik

Die Stadt Marburg trägt eine zentrale Verantwortung dafür, dass kulturelles Leben frei, fair und rechtsstaatlich organisiert bleibt. Dazu gehört vor allem die Gleichbehandlung aller kulturellen Akteure, unabhängig von politischer oder weltanschaulicher Ausrichtung. Vereine, Künstlerinnen und Künstler, studentische Gruppen und freie Initiativen müssen, ohne informelle Filter oder selektive Bewertung kontroverser Inhalte, denselben Zugang zu städtischen Räumen, Fördermitteln und Kooperationen erhalten.

Ebenso notwendig ist eine rechtsstaatliche und transparente Kulturförderung. Entscheidungen über finanzielle Unterstützung oder die Vergabe städtischer Ressourcen müssen nachvollziehbar, sachlich begründet und klar kommuniziert sein. Offene Kriterien und überprüfbare Verfahren schaffen Vertrauen, verhindern einseitige Begünstigungen und stärken die Qualität kultureller Angebote.

Darüber hinaus hat die Stadt die Aufgabe, freie Meinungs- und Ausdrucksformen aktiv zu schützen. Kultur lebt von Vielfalt und auch von kontroversen Positionen. Veranstaltungen dürfen nicht abgesagt oder behindert werden, weil sie bestimmten Gruppen als unerwünscht gelten. Eine Kulturstadt wie Marburg benötigt Räume, in denen Debatten möglich sind, künstlerische Freiheit gewahrt bleibt und wissenschaftlicher Austausch nicht unter politischen Erwägungen eingeschränkt wird.

Regionale Feste und Vereinskultur

Regionale Feste und überlieferte Bräuche prägen seit Generationen das gesellschaftliche Leben in Marburg. Sie schaffen Begegnung, stiften Gemeinschaft und verbinden Menschen aller Altersgruppen. Traditionelle Vereine, darunter insbesondere die Schützenvereine in den Stadtteilen, tragen diese Kultur maßgeblich weiter. Ihr Engagement für Kameradschaft, Verantwortungsbewusstsein und gemeinschaftliche Werte verdient klare Anerkennung und verlässliche Unterstützung durch die Stadt, etwa bei Veranstaltungen, Probenräumen oder der Nachwuchsarbeit. Gleichzeitig gilt es, etablierte kulturelle Formate wie den Marburger Marktfrühschoppen wiederzubeleben und ihnen eine langfristige Perspektive zu geben. Eine starke Vereinskultur und lebendige Traditionspflege sind wesentliche Elemente der Marburger Identität und stärken den sozialen Zusammenhalt in der gesamten Stadtgesellschaft.

Die „Marburger Jäger“ als Teil der Stadtgeschichte und Erinnerungskultur

Die „Marburger Jäger“ sind ein fester Bestandteil der historischen Entwicklung Marburgs. Über viele Jahrzehnte war die Stadt Garnisonstandort des Kurhessischen Jägerbataillons Nr. 11. Diese Zeit hat das Stadtbild, die Infrastruktur und das gesellschaftliche Leben nachhaltig geprägt. Straßennamen, Gebäude, Denkmäler sowie umfangreiche archivalische Quellen erinnern bis heute an diese Epoche der Marburger Stadtgeschichte

Die Geschichte der Marburger Jäger steht exemplarisch für die militärische, soziale und kulturelle Wirklichkeit des 19. und frühen 20. Jahrhunderts. Sie ist Teil der allgemeinen deutschen sowie hessischen Geschichte und spiegelt die historischen Rahmenbedingungen ihrer Zeit wider. Viele Angehörige der Einheit waren in das städtische Leben eingebunden, wirkten bei öffentlichen Veranstaltungen mit und prägten über Musik, Vereine und gesellschaftliche Aktivitäten das kulturelle Umfeld Marburgs

Eine verantwortungsvolle Erinnerungskultur würdigt diese historische Bedeutung und erkennt die Rolle der Marburger Jäger als Teil der lokalen Identität an. Gleichzeitig gehört es zu einem reflektierten Umgang mit Geschichte, historische Entwicklungen sachlich einzuordnen und im zeitlichen Kontext zu betrachten. Ziel ist dabei nicht die politische Bewertung vergangener Generationen, sondern das Verständnis historischer Zusammenhänge.

Die AfD Marburg setzt sich für eine respektvolle und sachliche Erinnerungskultur ein. Historische Orte, Denkmäler und Bezüge zur Garnisonsgeschichte sollen erhalten, erklärt und in einen verständlichen Zusammenhang gestellt werden. Die Geschichte der Marburger Jäger ist Teil des kulturellen Gedächtnisses dieser Stadt und verdient einen fairen, differenzierten und nicht ideologisch überformten Umgang.

Marburger Trachten-, Tanz- und Gesangstradition

Marburg ist Teil eines der trachtenreichsten Kulturregionen Deutschlands. In der Stadt und ihren Ortsteilen existierten historisch mindestens acht unterschiedliche Trachtenformen, die jeweils eigene Farben, Muster und Bedeutungen trugen. Besonders hervorzuheben ist die Marburger Frauentracht, deren goldbestickte Hauben und aufwendig gearbeitete Mieder bis heute ein starkes Symbol regionaler Identität darstellen.

Tracht war jedoch niemals nur Kleidung, sondern Teil eines lebendigen Brauchtums aus Volksgesang, Tanz und gemeinschaftlichen Festen. Tanzgruppen, Chöre und Trachtenvereine pflegen diese Traditionen bis heute und machen sie im Stadtbild sichtbar. Die Stadt sollte diese Arbeit mittels guter Rahmenbedingungen, öffentlicher Sichtbarkeit sowie Förderung traditioneller Feste aktiv unterstützen, damit Tracht, Tanz und Gesang dauerhaft ein selbstverständlicher Teil der Marburger Kultur bleiben.

Studentische Verbindungen in Marburg

Die AfD Marburg bekennt sich ausdrücklich zu allen studentischen Verbindungen unserer Stadt. Seit Jahrhunderten prägen die Korporationen das akademische, gesellschaftliche und kulturelle Leben Marburgs und sind damit ein unverzichtbarer Bestandteil ihrer Identität als traditionsreiche Universitätsstadt. Viele der prägenden Rituale, akademischen Bräuche und studentischen Netzwerke, für die Marburg bundesweit bekannt ist, gehen unmittelbar auf das Engagement der Verbindungen zurück. Sie fördern Gemeinschaftssinn, Verantwortungsbereitschaft, persönliche Integrität und lebenslange Freundschaften.

Zugleich tragen die Korporationen mit ihrem ehrenamtlichen Engagement wesentlich zu einem lebendigen Universitätsmilieu bei. Wir setzen uns dafür ein, dass studentische Verbindungen ihre Formen des Zusammenlebens und der Traditionspflege frei von ideologischer Stigmatisierung ausüben können. Eine pluralistische Stadtgesellschaft muss auch Raum für historisch gewachsene akademische Lebensformen bieten.

Politisch motivierte Gewalt, Bedrohungen, Einschüchterungen oder Sachbeschädigungen gegenüber Verbindungen, ihren Häusern oder ihren Mitgliedern verurteilen wir entschieden. Unser Ziel ist ein Marburg, in dem Korporationen selbstbewusst, unbeeinträchtigt und respektiert ihren Beitrag zu einer lebendigen Hochschulkultur leisten können.

Forderungen

- Die kulturelle Identität Marburgs schützen, bewahren und sichtbar stärken.
- Kulturdenkmäler erhalten, pflegen und verantwortungsvoll weiterentwickeln.
- Studentische Verbindungen ideologiefrei behandeln und ihre historisch gewachsenen kulturellen Beiträge anerkennen.
- Traditionelle Vereine durch verlässliche Räume, Unterstützung bei Veranstaltungen und gezielte Nachwuchsarbeit stärken.
- Kulturförderung mit klaren und nachvollziehbaren Vergabekriterien transparent, rechtsstaatlich und effizient gestalten.
- Subkulturförderungen auf Nutzen, Transparenz und Zielerreichung überprüfen.
- Ehrenamtliches Engagement mittels vergünstigte städtische Angebote wertschätzen
- Regionale Feste und Bräuche schützen und weiterbeleben.
- Traditionelle Veranstaltungen (z.B. Marktfrühschoppen) wiederbeleben und fördern.

Zielsetzung

Ziel der AfD Marburg ist eine Kulturpolitik, die kulturelle Vielfalt bewahrt, ohne sie politisch zu instrumentalisieren, und die sowohl historische als auch regionale Identität schützt. Freie Rede, künstlerischer Ausdruck und akademischer Diskurs sollen uneingeschränkt möglich bleiben. Gleichzeitig soll eine starke, traditionsbewusste und qualitätsorientierte Kulturlandschaft gefördert werden, die Marburgs Charakter stärkt, Gemeinschaft schafft und kulturelle Freiheit im gesamten Stadtgebiet sichert.

ZEIT FÜR STARKEN SPORT – Kapitel 8: Sport

Vereine fördern – Teilhabe ermöglichen

Leitbild und sportpolitische Grundsätze

Eine verlässliche kommunale Sportpolitik stärkt Vereine, sichert Infrastruktur und ermöglicht Teilhabe für alle Generationen. Marburg benötigt funktionierende Sportstätten, planbare Förderung und transparente Entscheidungen, damit Vereine, Schulen und Freizeitsport verlässliche Bedingungen vorfinden. Vorrang haben Sanierung, Instandhaltung und wohnortnahe Angebote, die Gesundheit, Gemeinschaft und Entwicklung fördern. Schwimmunterricht und sichere Wasserflächen sind dabei wesentliche Bestandteile der Daseinsvorsorge.

Herausforderungen für Sportinfrastruktur und Vereinsstrukturen in Marburg

Viele Sporthallen, Plätze und Bäder in Marburg stehen vor hohem Sanierungsbedarf. Gleichzeitig steigen die Anforderungen von Schulen, Vereinen und Freizeitsportlern an verfügbare Zeiten und moderne Anlagen. Besonders der Bedarf an verlässlichen Wasserflächen belastet die bestehenden Kapazitäten. Vereine benötigen klare Ansprechpartner, planbare Förderungen und Strukturen, die Engagement und Wachstum ermöglichen. Ohne koordinierte Planung und kontinuierliche Instandhaltung drohen Engpässe, die den Sportbetrieb beeinträchtigen.

Verantwortung der Stadt für leistungsfähige Sportstätten und Bäder

Die Stadt trägt als Betreiberin und Eigentümerin der Sportstätten die Verantwortung für deren Zustand, Funktionsfähigkeit und langfristige Nutzbarkeit. Vorrang hat die Sanierung und Instandhaltung bestehender Hallen, Plätze und Bäder, bevor teure Neubauten geprüft werden.

Das Aquamar zeigt exemplarisch die Folgen unzureichender Planung und fehlender Nachhaltigkeit bei Sanierungsmaßnahmen. Trotz bereits erfolgter Sanierung besteht erneut erheblicher Sanierungsbedarf. Als zentrale Einrichtung für Schwimmunterricht, Vereinsarbeit sowie Freizeit- und Wettkampfsport erfordert das Aquamar daher eine nachhaltige und wirtschaftlich tragfähige Sanierung, die den langfristigen Betrieb sichert. Erst auf dieser Grundlage können mögliche Erweiterungen sinnvoll und verantwortungsvoll geprüft werden.

Wohnortnahe Frei- und Hallenbäder sichern Grundlagen wie Schwimmunterricht und Trainingszeiten für Vereine. Eine verlässliche Planung sowie transparente Entscheidungen sind notwendig, um Kapazitäten auszubauen und den Bedarf der Bevölkerung zu decken.

Stärkung der Sportvereine und Förderung der Teilhabe

Sportvereine leisten einen wesentlichen Beitrag zu Gesundheit, Prävention und sozialem Zusammenhalt. Die Stadt kann sie stärken, indem sie verlässliche Förderstrukturen schafft, Nutzungszeiten transparent vergibt und Vereine in Planungsprozesse einbindet. Gute Rahmenbedingungen erleichtern Nachwuchsarbeit, Breitensport und integrative Angebote. Eine starke Vereinslandschaft erhöht die Teilhabe in allen Stadtteilen und hält Marburg als Sportstandort attraktiv.

Traditionsvereine als Teil der städtischen Identität

Traditionsvereine leisten seit Generationen einen wesentlichen Beitrag zum gesellschaftlichen Leben in Marburg. Sie stehen für Kontinuität, ehrenamtliches Engagement und die verbindende Kraft des Sports. Durch ihre Jugendarbeit, ihre Verwurzelung in den Stadtteilen und ihr langfristiges Engagement fördern sie über Generationen hinweg Gemeinschaft, Verantwortungsbewusstsein und Zusammenhalt.

Die Stadt soll diese gewachsenen Strukturen verlässlich unterstützen. Dazu gehören planbare Nutzungszeiten auf kommunalen Sportanlagen, eine priorisierte und regelmäßige Instandhaltung der genutzten Infrastruktur, transparente Förderwege sowie klare Ansprechpartner innerhalb der Verwaltung, die Vereinen bei organisatorischen Fragen und Entwicklungsprojekten zur Seite stehen.

Traditionsvereine stiften Identität, geben jungen Menschen Orientierung und tragen zur sozialen Stabilität der Stadt bei. Deshalb benötigen sie verlässliche Rahmenbedingungen, die ihren Trainings- und Spielbetrieb sichern, ihre Nachwuchsarbeit stärken und langfristige Planung ermöglichen, ohne durch bürokratische Unsicherheiten behindert zu werden.

Bei der Fortschreibung des städtischen Sportentwicklungsplans sollen Traditionsvereine angemessen und frühzeitig eingebunden werden, um sportliche Bedarfe realistisch zu erfassen, Nutzungskonflikte zu vermeiden und tragfähige Perspektiven für die Weiterentwicklung des Marburger Sports zu schaffen.

Schwimmunterricht und wohnortnahe Wasserflächen sichern

Schwimmunterricht ist eine grundlegende Bildungs- und Sicherheitskompetenz, die nur mit ausreichend verfügbaren Wasserflächen gewährleistet werden kann. Die Stadt muss den Betrieb der Frei- und Hallenbäder dauerhaft sichern und bedarfsgerecht weiterentwickeln. Wohnortnahe Angebote erleichtern Schulen, Familien und Vereinen den Zugang und verhindern lange Wege sowie Engpässe im Unterrichts- und Trainingsbetrieb. Verlässliche Wasserzeiten sind ein zentraler Bestandteil der kommunalen Daseinsvorsorge.

Zukunftsorientierte Sportentwicklungsplanung

Eine moderne Sportpolitik benötigt eine kontinuierliche, datenbasierte Planung, die den tatsächlichen Bedarf von Vereinen, Schulen und Freizeitsport berücksichtigt. Die Fortschreibung des Sportentwicklungsplans soll unter aktiver Beteiligung der Marburger Sportvereine erfolgen und Prioritäten klar benennen: Sanierung, Kapazitätsausbau, Nutzungsoptimierung und langfristige Investitionen. Dadurch entstehen transparente Entscheidungen und eine solide Grundlage für eine bedarfsgerechte Weiterentwicklung der Sportinfrastruktur.

Forderungen

- Sporthallen, Sportplätze und Bäder vorrangig sanieren und instand halten, um einen sicheren und verlässlichen Betrieb zu gewährleisten.
- Frei- und Hallenbäder in allen Stadtteilen sichern und bedarfsgerecht weiterentwickeln, um Schwimmunterricht und Trainingszeiten zu garantieren.
- Den städtischen Sportetat erhöhen, damit Vereine, Schulen und Freizeitsport planbare und stabile Rahmenbedingungen erhalten.
- Den Sportentwicklungsplan fortschreiben und die Marburger Sportvereine aktiv in Analyse und Planung einbinden.
- Das Aquamar nachhaltig sanieren und dauerhaft nutzbar machen; Erweiterungen nur im Rahmen eines tragfähigen Gesamtkonzepts prüfen.

Zielsetzung

Ziel ist eine kommunale Sportpolitik, die Infrastruktur dauerhaft sichert, Vereine stärkt und allen Bürgern verlässliche Teilhabe ermöglicht. Gut instand gehaltene Sportstätten, wohnortnahe Bäder und klare Planungen schaffen Bedingungen, die Kinder, Jugendliche und Erwachsene gleichermaßen fördern. Eine moderne, bedarfsgerechte Sportlandschaft steigert die Lebensqualität, unterstützt gesundheitliche Prävention und stärkt Marburg als lebendige Sport- und Vereinsstadt.

ZEIT FÜR LEBENSRÄUME UND VERANTWORTUNG – Kapitel 9: Natur-/Tierschutz und Jagd

Natur schützen – Nutzung nachhaltig gestalten

Leitbild und Grundsätze einer verantwortungsvollen Umweltpolitik

Eine verlässliche Umweltpolitik versteht Natur als zentrale Lebensgrundlage und als festen Bestandteil der regionalen Identität Marburgs. Nachhaltigkeit bedeutet dabei nicht abstrakte Zielsetzungen, sondern konkrete, kommunal umsetzbare Maßnahmen, die ökologische Qualität und wirtschaftliche Tragfähigkeit verbinden. Marburg braucht einen ausgewogenen Ansatz, der Naturschutz, Landwirtschaft und menschliche Nutzung miteinander in Einklang bringt. Die Stadt trägt Verantwortung für funktionierende ökologische Rahmenbedingungen.

Herausforderungen im Natur- und Tierschutz in Marburg

Marburg steht vor vielfältigen ökologischen Herausforderungen: Flächenverbrauch, Zersiedelung und ein spürbarer Rückgang der Biodiversität belasten Natur und Landschaft. Hinzu kommen zunehmende Konflikte zwischen Naturschutz, Freizeitdruck und landwirtschaftlicher Nutzung, die klare und ausgewogene Regelungen erfordern. Viele städtische Grünflächen und Wälder sind unzureichend gepflegt, was sowohl Artenvielfalt als auch Erholungsqualität beeinträchtigt. Gleichzeitig wächst die Problematik invasiver Arten und ansteigender Raubtierpopulationen, die neue Formen des Umwelt- und Wildtiermanagements notwendig machen.

Zunehmende Wildschwein- und Waschbärproblematik

Am Rand mehrerer Stadtteile, bspw. in Wehrda, Ockershausen und Cappel, nehmen Wildschweinschäden und Begegnungen mit Waschbüren deutlich zu. Gärten, Grünflächen und Wege werden regelmäßig verwüstet. Anwohner berichten von starken nächtlichen Beeinträchtigungen. Der hohe Bestand dieser Tiere ist eine direkte Folge mangelnder Bestandsregulierung und urbaner Fehlanreize. Die Stadt muss gemeinsam mit Jagdpächtern und Fachstellen Lösungen entwickeln, die Sicherheit, Naturschutz und Anwohnerinteressen miteinander verbinden. Eine realistische Tier- und Wildtierpolitik schützt Natur und Lebensqualität gleichermaßen.

Verantwortung der Stadt für eine ausgewogene Umweltpolitik

Die Stadt Marburg trägt Verantwortung dafür, kommunale Naturräume zu pflegen, zu erhalten und dort, wo notwendig, wiederherzustellen. Eine wirksame Umweltpolitik gelingt nur im engen Schulterschluss mit Landwirten, Forstwirtschaft und Jägerschaft, die vor Ort über praktische Erfahrung und Fachwissen verfügen. Entscheidungen im Natur- und Artenschutz

müssen sich konsequent an wissenschaftlichen Erkenntnissen orientieren und nicht an ideologisch motivierten Projekten. Zudem braucht es volle Transparenz bei allen naturschutzrelevanten Maßnahmen, Förderprogrammen und Planungsverfahren, damit öffentliche Mittel zielgerichtet und nachvollziehbar eingesetzt werden.

Tierschutz und artgerechte Haltung

Marburg soll im privaten wie im öffentlichen Bereich verlässlich tiergerechte Standards gewährleisten. Dazu gehören funktionierende kommunale Strukturen wie ein gut ausgestattetes Tierheim und eine verlässliche Notfallversorgung. Die Stadt muss einen verantwortungsvollen Umgang mit Haus- und Nutzieren fördern und Halterinnen und Halter bei Aufklärung und Beratung unterstützen. Gleichzeitig sind wirksame Maßnahmen gegen illegalen Handel, Misshandlung und Vernachlässigung erforderlich, um Tierwohl konsequent zu schützen und Verstöße klar zu sanktionieren.

Ein zentrales kommunales Handlungsfeld ist die Kontrolle und Durchsetzung der bestehenden Kastrationspflicht für freilaufende Katzen. Unkontrollierte Vermehrung stellt eines der größten Probleme für das Kreistierheim dar und belastet den Tierschutz erheblich. Regelungen entfalten nur dann Wirkung, wenn sie auch konsequent überprüft und durchgesetzt werden.

Rolle der Jagd im ökologischen Gleichgewicht

Die Jagd ist ein unverzichtbares Instrument, um Wildbestände zu regulieren und ein stabiles ökologisches Gleichgewicht zu sichern. Eine funktionierende Kooperation zwischen Stadt, Jägerschaft und Forst ist dafür unerlässlich, da sie Fachwissen, praktische Erfahrung und lokale Kenntnis miteinander verbindet. Ziel ist es, Wildschäden zu vermeiden, landwirtschaftliche Kulturen zu schützen und zugleich gesunde Wildbestände zu gewährleisten. Beim Umgang mit Raubtierpopulationen, etwa dem Wolf, muss die Stadt auf rechtssichere, wissenschaftsbasierte und praxistaugliche Lösungen setzen, die sowohl Artenschutz als auch Sicherheit und Nutztiere berücksichtigen.

Forderungen

- Naturräume schützen, pflegen und nachhaltig entwickeln.
- Kommunale Grünflächen ökologisch, wirtschaftlich und praxistauglich gestalten.
- Die regionale Landwirtschaft stärken und bürokratisch entlasten.
- Tierschutzstrukturen wie Tierheim und Notfallversorgung verlässlich finanzieren.
- Die Jagd als fachliche Kompetenz einbinden und ihre Arbeit rechtssicher unterstützen.
- Ein verbessertes Konfliktmanagement im Umgang mit Raubtierbeständen etablieren.

Zielsetzung

Ziel einer verantwortungsvollen Umwelt- und Tierschutzpolitik für Marburg ist es, ökologische Stabilität und Biodiversität langfristig zu sichern und zugleich die Zusammenarbeit zwischen Stadt und ländlichem Raum zu stärken. Tierwohl soll verlässlich gewährleistet werden. Dabei ist entscheidend, Jagd, Naturschutz und Landwirtschaft in ein ausgewogenes, fachlich fundiertes Gleichgewicht zu bringen, das sowohl ökologische Anforderungen erfüllt als auch die Lebenswirklichkeit der Menschen im Marburger Raum berücksichtigt.

ZEIT FÜR STARKE FAMILIEN – Kapitel 10: Familie

Gemeinschaft stärken – Alltag entlasten

Leitbild und familienpolitische Grundsätze

Eine familienfreundliche Stadtpolitik schafft verlässliche Rahmenbedingungen, die Alltag, Betreuung und Planungssicherheit für Familien erleichtern. Marburg soll Familien durch bezahlbaren Wohnraum, flexible Betreuungsangebote und eine effiziente Verwaltung unterstützen. Eltern brauchen echte Wahlfreiheit zwischen häuslicher Betreuung und ergänzenden Angeboten. Kommunale Strukturen müssen darauf ausgerichtet sein, Kinder zu schützen, Eltern zu entlasten und ein Umfeld zu schaffen, in dem Familien langfristig gut leben können.

Herausforderungen für Familien und Betreuungsstrukturen in Marburg

Familien in Marburg stehen vor hohen Wohnkosten, langen Bearbeitungszeiten bei Bau- und Betreuungsanträgen sowie einer oft unzureichenden Anpassung von Öffnungszeiten an berufliche Anforderungen. Der Bedarf an qualifizierter Tagespflege für unter Dreijährige wächst, während Kitas für Kinder ab drei Jahren vor Herausforderungen in Qualität, Personal und Infrastruktur stehen. Bürokratische Hürden erschweren den Zugang zu Angeboten, und Unterstützungsstrukturen im häuslichen Umfeld sind bislang begrenzt ausgebaut.

Lokale Engpässe in Kinderbetreuung und Familienunterstützung

In mehreren Marburger Stadtteilen zeigen sich deutliche Engpässe in der Kinderbetreuung. Kitas am Richtsberg und in Ockershausen mussten wiederholt Gruppen schließen oder Öffnungszeiten reduzieren, weil Fachkräfte fehlten. Für viele Eltern bedeutet das kurzfristige Ausfälle, unzuverlässige Betreuungszeiten und erhebliche Einschränkungen im Arbeits- und Familienalltag.

Auch die Tagespflege ist stark belastet: steigende Anforderungen, unzureichende Vergütungen und Ausfallzeiten erschweren es, eine stabile und wohnortnahe Betreuung sicher zu stellen.

Gleichzeitig verlängern sich die Bearbeitungszeiten bei Kitaplatzvergaben, sodass Familien häufig erst spät Klarheit über verfügbare Angebote erhalten.

Diese Entwicklungen verdeutlichen, dass Marburg verlässliche Strukturen, flexible Öffnungszeiten und effizientere Verwaltungsabläufe braucht, damit Familien ihre Betreuung verlässlich planen können und Kinder die Förderung erhalten, die sie benötigen.

Verantwortung der Stadt für verlässliche und familienfreundliche Rahmenbedingungen

Die Stadt trägt Verantwortung dafür, dass Verwaltungsabläufe effizient, transparent und familienfreundlich gestaltet sind. Dazu gehören zügige Bauantragsverfahren, nachvollziehbare Vergabekriterien für Wohnbauflächen und unbürokratische Unterstützungsstrukturen für Eltern. Kommunale Entscheidungen müssen planbar sein und Familien frühzeitig verlässliche Informationen bieten. Durch klare Prozesse und gut erreichbare Ansprechstellen erleichtert die Stadt den Familienalltag spürbar.

Bedarfsgerechte Kinderbetreuung und Stärkung der Tagespflege

Marburg muss Betreuungsangebote bereitstellen, die sich am tatsächlichen Bedarf orientieren, sowohl in der Tagespflege für unter Dreijährige als auch in den Kindertagesstätten ab drei Jahren. Dazu gehören ausreichende Plätze, moderne Räumlichkeiten, klare Qualitätsstandards und gut unterstützte Tagespflegepersonen. Eine starke, wohnortnahe Tagespflege ergänzt die Kitalandschaft durch individuelle und flexible Betreuungsformen. Verlässliche Strukturen erleichtern Eltern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Alltagstaugliche Öffnungszeiten und entlastende Angebote

Betreuungszeiten müssen sich stärker an den Arbeits- und Lebensrealitäten berufstätiger Eltern orientieren. Die Stadt kann durch flexible Öffnungszeiten, verlässliche Vertretungsregelungen und bedarfsgerechte Zusatzangebote dazu beitragen, Betreuungslücken zu schließen. Gleichzeitig müssen Antrags- und Verwaltungsverfahren schlank und verständlich gestaltet werden, damit Eltern schneller und unkomplizierter die Unterstützung erhalten, die sie benötigen.

Kommunale Prävention und Unterstützung im häuslichen Umfeld

Frühe und niedrigschwellige Unterstützung stärkt Familien und entlastet das Gesundheits- und Sozialsystem. Mit Strukturen wie der „Gemeindeschwester“ können qualifizierte Fachkräfte Familien und ältere Bürger regelmäßig aufsuchen, beraten und frühzeitig auf Herausforderungen reagieren. Solche kommunalen Präventionsangebote fördern Gesundheit, stärken Alltagskompetenzen und unterstützen Familien bedarfsgerecht im häuslichen Umfeld.

Forderungen

- Verwaltungsabläufe für Familien vereinfachen, Antragswege beschleunigen und transparente Vergabeprozesse für Wohnbauflächen sicherstellen.
- Betreuungsangebote bedarfsgerecht, mit flexiblen Öffnungszeiten, klaren Qualitätsstandards und verlässlicher Unterstützung für Tagespflegepersonen, ausbauen.
- Kindertagesstätten modernisieren, räumlich stärken und personell besser ausstatten, um Angebote ab drei Jahren qualitativ zu sichern.
- Die Tagespflege als wohnortnahe, individuelle Betreuungsform gezielt fördern und stärker mit den kommunalen Strukturen verzahnen.
- Die „Gemeindeschwester“ als präventives Unterstützungsangebot einführen, um Familien und ältere Menschen alltagsnah zu beraten und frühzeitig zu entlasten.

Zielsetzung

Ziel ist eine familienfreundliche Stadt, die Betreuungsangebote erweitert, Verwaltungsprozesse vereinfacht und verlässliche Unterstützung im Alltag bietet. Marburg soll Familien durch bezahlbaren Wohnraum, flexible Betreuung, starke Tagespflege und niedrigschwellige Präventionsangebote spürbar entlasten. Im Mittelpunkt stehen das Wohl der Kinder, die Wahlfreiheit der Eltern und kommunale Strukturen, die Stabilität, Sicherheit und Zukunftsperspektiven für Familien schaffen.

ZEIT FÜR BÜRGERNÄHE – Kontakt & Austausch

Ansprechbar bleiben – Zuhören – Mitgestalten

Sie möchten mit uns ins Gespräch kommen, Fragen stellen oder sich informieren? Wir stehen für den offenen Austausch und sind für Bürgerinnen und Bürger jederzeit erreichbar.

Kontaktadressen

AfD Kreisverband Marburg-Biedenkopf

Schelde-Lahn-Straße 245

35719 Angelburg

E-Mail: info@mr_afd-hessen.de

AfD Kreistagsfraktion Marburg-Biedenkopf

E-Mail: afd.kreistagsfraktion@gmail.com

AfD-Vertreter in der Stadtverordnetenversammlung Marburg

E-Mail: matthias.pozzi@afd-hessen.de

Weitere Informationen:

www.afd-marburg-biedenkopf.de/kommunalpolitik



ZEIT FÜR EINE STARKE ZUKUNFT

Verantwortung übernehmen – Marburg gestalten

Die AfD Marburg steht für eine kommunale Politik, die Verantwortung ernst nimmt, Freiheit schützt und Gemeinsinn stärkt. Wir setzen sich für eine Stadt ein, die ihre Geschichte und kulturellen Grundlagen bewahrt, Chancen klug nutzt und Zukunft mit Vernunft und Augenmaß gestaltet. Im Mittelpunkt unserer Arbeit stehen die Menschen, die in Marburg leben, arbeiten, studieren und Familien gründen.

Unser Programm folgt einer einfachen Grundhaltung: Kommunalpolitik muss Probleme lösen, nicht verwalten. Wir setzen auf Ordnung und Sicherheit im öffentlichen Raum, transparente demokratische Verfahren, solide Finanzen, verlässliche Infrastruktur und eine Stadtentwicklung, die den Bedürfnissen der Menschen vor Ort verpflichtet bleibt. Familien, Vereine, Ehrenamt und lokale Wirtschaft bilden das Rückgrat unserer Stadt. Ihre Stärkung ist somit die Leitlinie unserer Entscheidungen. Wir stehen für eine Politik, die Bewährtes schützt, Fehlentwicklungen korrigiert und Marburg Schritt für Schritt zu einer Stadt macht, die verlässlich, lebenswert und eigenständig bleibt.

Eine funktionierende Stadt entsteht dort, wo Verwaltung transparent handelt, Entscheidungen nachvollziehbar sind und öffentliche Mittel verantwortungsvoll eingesetzt werden. Wir treten für klare Prioritäten, verlässliche Regeln und eine Politik ein, die Sicherheit, Lebensqualität und wirtschaftliche Stabilität gleichermaßen fördert. Unsere Vorschläge verbinden Bewährtes mit notwendiger Erneuerung.

Politik lebt vom Mitwirken der Bürger. Jede Stimme, jede Idee und jedes Engagement trägt dazu bei, die Entwicklung unserer Stadt positiv zu gestalten. Wir laden alle Marburgerinnen und Marburger ein, diesen Weg konstruktiv zu begleiten und gemeinsam eine Stadt zu formen, die ihre Identität wahrt und zugleich offen für Neues bleibt.

Wir arbeiten für eine Stadt, die ihre Zukunft selbstbewusst und verantwortungsvoll gestaltet.

Folgen Sie uns auch bei:



**Kreisverband
Marburg-Biedenkopf**